

Protokoll der Delegiertenversammlung

25. April 2015, 10.15 – ca. 16.00 Uhr, Bern

Vorsitz: Christian Levrat

Protokoll: Simon Roth

Anwesend: 212 Delegierte und 6 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

Eröffnung der Delegiertenversammlung durch Co-Generalsekretärin Flavia Wasserfallen. Sie äussert sich betroffen zu den Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer und weist darauf hin, dass unter Traktandum 10 auch Erklärungen dazu gemacht werden können. Anschliessend gratuliert sie Jacqueline Fehr zur Wahl in den Regierungsrat des Kantons Zürich.

Grussbotschaft von Ursula Marti, Parteipräsidentin SP Kt. Bern

Grussbotschaft von Alexander Tschäppät, Stadtpräsident Bern

Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss der Delegiertenversammlung:

So wie runtergelesen einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss der Delegiertenversammlung: Karin Mader wird stillschweigend gewählt.

Tagesordnung/Tischvorlage

In der Tischvorlage sind die Anträge zum Massnahmenpapier Lohngleichheit, die Resolutionen und Erläuterung zu den nationalen Abstimmungsvorlagen enthalten.

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen/Hinweise:

- Einschub unter Traktandum 10 zur Flüchtlingspolitik.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die aktualisierte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen vor dem Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Bis zum Ende der Rede von BR Sommaruga können Reden gemeldet werden, nachher ist dies nicht mehr möglich.

Protokoll der DV vom 25. Oktober 2014 in Liestal

Genehmigung des Beschluss-Protokolls der Delegiertenversammlung vom 25. Oktober 2014 in Liestal. Dieses kann unter www.sp-ps.ch heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird mit Dank an die VerfasserInnen einstimmig genehmigt.

2. Mitteilungen

Flavia Wasserfallen weist auf die nationale Wahlveranstaltung vom 12. September in Turgi (AG) hin.

3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

Gegen die Flüchtlingskatastrophe im Mittelmeer brauche es Empörung aber genauso Engagement. Nötig sei eine grundlegende Änderung der schweizerischen Flüchtlingspolitik. Abwarten war nie ein geeignetes Rezept. Der Sprechende ruft den Bundesrat dazu auf, dringend mehr zu unternehmen um das Sterben auf dem Mittelmeer zu stoppen.

Der Sprechende geht auf die Frage der Lohngleichheit zwischen Mann und Frau ein. In den letzten 12 Jahren habe sich die Situation in diesem Bereich nicht verbessert sondern im Gegenteil verschlechtert. Ein wesentlicher Teil der Lohngleichheit lasse sich nur durch direkte Diskriminierung erklären.

Die Rechte beklage zwar die Situation von älteren Arbeitnehmenden ohne aber Lösungen zu präsentieren. Die SP hingegen kämpft gegen die Diskriminierung älterer Arbeitnehmenden und fordert für diese beispielsweise Weiterbildungsmöglichkeiten.

In den Wahlen werde es zur Konfrontation zwischen zwei Weltbildern kommen: Die solidarische Schweiz versus die Schweiz der Abschottung.

Vor den Wahlen komme aber noch der Abstimmungskampf um die Erbschaftssteuer. Die äusserst ungleiche Vermögensverteilung müsse bekämpft werden. Für die Gegenkampagne des Gewerbeverbandes und ihrer Behauptung, dass mit der Initiative Familienbetriebe gefährdet seien, gebührt Lügen-Bigler einen Oscar-Pinocchio.

Die Rede von Christian Levrat kann auf der Website der SP Schweiz (www.sp-ps.ch) heruntergeladen werden.

4. Ausblick Sommeruni 2015

Leyla Gül weist auf das Datum und Programm der Sommeruni 2015 hin.

5. Rede Simonetta Sommaruga, Bundespräsidentin

Die Situation der Flüchtlinge auf dem Mittelmeer sei unerträglich. Man müsse sich aber bewusst sein, dass es kurzfristig nicht möglich ist, die Ursachen zu beseitigen. Daher müsse man sich auf das Machbare, wie der Seenotrettung, konzentrieren. Für Europa brauche es endlich einen solidarischen Verteilschlüssel der Flüchtlinge. Wir müssen und wollen aber alles dafür tun, um Menschenleben zu schützen.

Im Familienrecht bestehe ein eindeutiger Handlungsbedarf. Das heutige Recht und die gelebte Realität haben immer weniger Bezug zu einander. Neben der Ehe gäbe es heute viele ganz unterschiedliche Lebensformen. Die Sprechende schlägt vor, dass ein zusätzlicher Zivilstand eingeführt werde wie dies beispielsweise in Frankreich bereits bekannt sei. Unabhängig von ihrer sexuellen Ausrichtung könnte so das Zusammenleben von Paaren rechtlich geregelt werden.

Die Gleichstellung der Frau wird erst dann umgesetzt, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht sei. Dazu sei insbesondere die Einführung von Teilzeitmodellen nötig. Auch der Vaterschaftsurlaub müsse jetzt endlich eingeführt werden. Angesichts der Ungleichvertretung der Geschlechter in den Verwaltungsräten sei der Handlungsbedarf ausgewiesen. Der Bundesrat hat dazu einen Geschlechterzielwert von 30% beschlossen.

Gescheitert sei der Lohngleichheitsdialog. Deshalb habe der Bundesrat gehandelt und Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden müssen zukünftig ihre Lohnstrukturen überprüfen.

Die Sprechende bedankt sich für das Engagement der Genossinnen und Genossen.

6. Schwerpunkt I: Verstärkter Schutz älterer Arbeitnehmenden

Resolution der Geschäftsleitung

Marina Carobbio Guscetti führt in das Thema ein und erklärt die Überlegungen der GL.

Marianne de Mestral äussert sich als Sprecherin von 60+ dahingehend, dass die aufgeführten Massnahmen nur ein Beginn sein können aber in keiner Art und Weise ausreichend seien. Es brauche beispielsweise ein Recht auf Arbeit ab 50.

Resolution „Ein verbindlicher und verstärkter Schutz älterer Arbeitnehmenden“

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt der Delegiertenversammlung die Resolution anzunehmen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

7. Referat Anne Wizorek, Autorin des Buches „Weil ein Aufschrei nicht reicht“ und Protagonistin eines modernen Feminismus

Anne Wizorek spricht zu Diskriminierungen von Frauen an Arbeitsplatz, Politik usw. Kinder würden bereits von klein auf klar gemacht, was eine geschlechtstypische Berufswahl sei. Stattdessen sollten Kinder aber frei entscheiden können. Die schlechte Bezahlung von „Frauenberufen“ sei typisch, für patriarchalisch geprägte Gesellschaften. Offensichtlich sei die Arbeit mit Menschen weniger Wert als die Arbeit mit Maschinen.

8. Schwerpunkt II: Lohngleichheit endlich umsetzen!

Diskussion Massnahmenpapier

A-1 – A-15

Barbara Gysi (NR SG und SP-Vizepräsidentin) eröffnet die Eintretensdebatte und spricht zu den skandalösen Umständen in Sache Lohngleichheit. In diesen Massnahmen sind unter anderem verbindliche Lohnkontrollen, Transparenz der Löhne, bezahlbare Krippenplätze, bezahlte Elternzeit, Geschlechterquote für Geschäftsleitungen und Verwaltungsräte enthalten.

Yvonne Feri (NR AG und Präsidentin der SP-Frauen) spricht zur Gleichstellungspolitik. Viele wichtige Themen sind dieses Jahr auf dem Tisch: Altersvorsorge 2020, Familienreform, Lohngleichheit. Die Lohnungleichheit ist eine unmittelbare Diskriminierung: drei zusätzliche Monate wären nötig, um den gleichen Lohn zu erhalten.

Eintreten ist unbestritten.

A-1: SP Frauen, Ergänzung im zweitletzten Satz unter Massnahme 1

Es gibt keine Wortmeldungen dazu.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme A-1

Beschluss der Delegiertenversammlung:

Der Antrag wird bei wenigen Enthaltungen angenommen.

A-2: SP Frauen, Umformulierung

Keine Wortmeldungen dazu.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme A-2

Beschluss der Delegiertenversammlung:

Antrag bei wenigen Enthaltungen angenommen.

A-3: SP St. Gallen, Neue Ausrichtung für die Massnahme 2 unter dem Titel „Lohngleichheitskontrollen“

Max Schmid (SP St. Gallen) fordert die Schaffung einer neuen übergeordneten Agentur.
Martin Imboden (SP Aargau) fordert die Schaffung dieser Agentur innerhalb der AHV-Reform.

Michel Zimmermann (SP Genf) Die Lohngleichheit soll Realität werden. Die Lohndiskriminierung ist keine Fatalität. Das beste Mittel für die Lohngleichheit ist die Ausdehnung von GAVs und deren Allgemeinverbindlichkeitserklärung.

Eric Voruz (NR und SP Waadt) fordert tripartite Kommissionen, welche die Lohngleichheit prüfen sollen. Diese Kommissionen sind verschwunden. Der Sprechende empfiehlt den Antrag der SP St. Gallen zur Annahme. Diese sei näher am Konzept der tripartiten Kommissionen.

Brigitte Hollinger (SP Basel-Stadt): empfiehlt den Antrag der GL zur Annahme und den Antrag St. Gallen zur Ablehnung.

Andy Tschümperlin (NR SP Schwyz) empfiehlt den Antrag der GL zur Annahme. Lohnungleichheit ist schlimmer als vor einigen Jahren. Eine Kontrollbehörde muss drei Sachen erfüllen:

- Unabhängigkeit
- Klaren Auftrag
- Notwendige Kompetenzen

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung A-3

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Geschäftsleitung erachtet es als zwingend, dass die Kontrollbehörde unabhängig ist, einen klaren Auftrag hat und mit den notwendigen Qualifikationen und Kompetenzen ausgestattet ist. Für die GL greift daher die Überlegung, bereits bestehende Institutionen zu beauftragen, zu kurz. Ausserdem gibt es die paritätischen Kommissionen nur in den GAV-Branchen. Eine übergeordnete Behörde einzusetzen, mit den richtigen Kompetenzen und den qualifizierten Personen auszustatten, würde das richtige Zeichen aussenden. Die Sozialpartner müssten auf jeden Fall in Aufsicht und Behörde einbezogen sein.

Antrag SP St. Gallen: Der Antrag wird zugunsten des Antrags der GL abgelehnt.

Die Abstimmung wird wiederholt, weil für einige Romands die Fragestellung der Abstimmung nicht klar war.

Antrag der Geschäftsleitung wird mehrheitlich angenommen. A-3 ist abgelehnt.

A-4: SP St. Gallen, Es muss eine Mindestgrösse für die Unternehmen definiert werden, die den drei Massnahmen unterstellt sind. Unser Vorschlag lautet, dass Unternehmen mit mehr als 50 Angestellten der skizzierten Pflicht zu regelmässigen Lohnkontrollen unterstehen. Auch eine andere Limite ist denkbar. Wichtig ist, dass Kleinunternehmen davon ausgenommen sind.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung von A-4

Die SP St. Gallen folgt der GL und zieht den Antrag zurück.

A-5: SP Frauen, Neue Massnahme unter I. einfügen:

Keine Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme A-5

Beschluss der Delegiertenversammlung:

Antrag angenommen.

A-6: SP St. Gallen, Ergänzung unter II und neue Massnahme 4:

Keine Wortmeldungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme A-6

Beschluss der Delegiertenversammlung:

Antrag angenommen.

A-7: SP Waadt, Ergänzung: Viertens sollen auch die Arbeitgeber zur Finanzierung der familienergänzenden Betreuungseinrichtungen beitragen, indem sie einen Teil der Betreuungskosten übernehmen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung A-7 (Verweis auf Annahme A-8)

Beschluss der Delegiertenversammlung:

SP Waadt zieht den Antrag zugunsten von A-8 zurück.

A-8: SP St. Genf, Ergänzung: Viertens sollen sich die Unternehmen an den Anstrengungen zur Finanzierung von Krippenplätzen beteiligen. Im gegenwärtigen Umfeld von Budgetkürzungen und der Unternehmenssteuerreform erweist sich die Erweiterung des Angebots oft als schwierig oder gar unmöglich, vor allem in den Kantonen, wo die Krippen durch die Gemeinden finanziert werden. Es braucht deshalb eine Beteiligung, bemessen nach der Anzahl Beschäftigter. Zudem muss ein bestimmter Anteil Krippenplätze in Unternehmen für Ortsansässige reserviert sein.

Jonas Zürcher (Juso) bemängelt den Konstruktionsfehler einer Kopfsteuer. Eine Kopfsteuer würde wirtschaftlich schwächere Betriebe unproportional belasten. Wir brauchen eine Kapitalgewinnsteuer um Krippenplätze zu finanzieren. Der Sprechende empfiehlt Antrag zur Ablehnung.

Barbara Gysi (NR und Vizepräsidentin): Finanzierung ist nicht klar geregelt. Deshalb wird der Antrag der GL zur Annahme empfohlen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme A-8

Beschluss der Delegiertenversammlung:

Antrag wird deutlich angenommen.

A-9: SP Waadt, Den ersten Satz streichen ("Die normale Wochenarbeitszeit muss bei vollem Lohnausgleich mittelfristig auf 35 Stunden verringert werden. Kürzere Arbeitszeiten gibt allen mehr Zeit zum Leben.") und folgendermassen ersetzen: «Um die Lohngleichheit zu verwirklichen, sollen die Sozialpartner eine branchenspezifische Reduktion der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Lohneinbusse aushandeln.»

Jean Christophe Schwaab (SP Waadt) erklärt den Antrag. Was zählt, ist nicht die Anzahl Stunden. Das Prinzip zählt: wir müssen in allen Branchen die Arbeitszeit reduzieren. Lohngleichheit und Verstärkung der Aushandlung von GAVs. Es geht darum, sich im Wahljahr unnötiger Kritik zu setzen. In der Romandie ist das französische Modell verpönt. Die 35 Stunden werden mit Frankreich gleichgesetzt.

Kathrin Beeler (Juso): Verringerung der Arbeitszeit ist eine langjährige sozialdemokratische Forderung. Empfiehlt den Antrag zur Ablehnung.

Muriel Waeger (Juso) glaubt nicht an Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Das einzige Ziel der Arbeitgeber ist die Profitmaximierung. Egal was wir fordern, werden wir mit den Splern aus Frankreich gleichgesetzt. Empfiehlt Antrag zur Ablehnung

Barbara Gysi (NR und Vizepräsidentin): Sozialpartnerschaft soll einbezogen werden und aufgebaut werden. Wir müssen keine Anzahl Stunden präzisieren, wir werden sofort mit Frankreich gleichgesetzt. Empfiehlt Antrag zur Annahme.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme A-9

Beschluss der Delegiertenversammlung:

Antrag deutlich angenommen.

A-10: SP Genf, Ergänzung: Diese Arbeitszeitverkürzung muss mit einer Erhöhung des Stundenlohns und einer generellen Ausweitung der Lohnmasse einhergehen, damit eine anständige Entlohnung für alle garantiert werden kann.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung A-10 (Verweis auf Annahme A-9)

Der Antrag wird zugunsten von A-9 zurückgezogen.

A-11: SP St. Gallen, „Kürzere Arbeitszeiten“ ersetzen durch „Recht auf Teilzeitarbeit für Männer und Frauen“. Streichen des ersten Satzes und der beiden letzten Sätze des ersten Abschnitts. Sonst Text unverändert.

Max Schmid: Wir sollten uns nicht noch unwählbarer machen und wollen deshalb „kürzere Arbeitszeiten“ ersetzen durch „Recht auf Teilzeitarbeit für Männer und Frauen“. Wir fordern nicht die 35 Stunden Woche und wollen uns nicht weiter marginalisieren.

Günther Baigger: Die Presse würde es nur ausschlagen, wenn wir die 35 Stunden Woche fordern würden. Aber: das Killerargument der Produktivität von Unternehmen ist hinfällig, da die Arbeitnehmer davon nichts profitieren.

Barbara Gysi: Es kann doch nicht sein, dass sich die Steigerung der Produktivität nicht in kürzeren Arbeitszeiten widerspiegelt. Wir lehnen den Antrag ab, Teilzeitarbeit soll gefördert werden, aber nicht an Stelle von kürzeren Arbeitszeiten, es braucht beides!

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung A-11 (Verweis auf Annahme A-9)

Begründung: Die GL teilt die Forderung nach mehr Teilzeitarbeit der SP St. Gallen vollständig. Es ist klar, dass mehr Teilzeitstellen v.a. für Männer die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und zur Verringerung der Lohnungleichheit beitragen. Allerdings darf das „Recht auf Teilzeitarbeit“ nicht zum Privileg für Gutsituierte verkommen. Es können sich nicht alle eine Reduktion des Arbeitspensums leisten und somit könnte dieses Recht auch nicht von allen in Anspruch genommen werden. Die GL ist bereit diesen Abschnitt gemäss Antrag A-9 umzuformulieren, lehnt aber die Streichung einer allgemeinen Reduktion der Arbeitszeit ab.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Antrag wird deutlich abgelehnt.

A-12: SP Frauen, Änderung: Privatrechtliche Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten müssen mindestens ~~30~~ 40 Prozent ihrer operativen Geschäftsleitungen sowie der Verwaltungsräte mit dem untervertretenen Geschlecht bis 2020 besetzen.

Yvonne Feri: Die Quoten sind ein unverzichtbares Mittel um Geschlechterparität in Verwaltungsräten herzustellen. Beim Fixieren der Höhe der Quoten ist jedoch Vorsicht geboten, wir wollen schliesslich keine reinen Quotenfrauen, jedoch auch keine zu tiefen Quoten. Wir fordern deshalb eine Quote von 40% für beide Geschlechter.

Barbara Gysi: Vertritt die Meinung der GL. Die einzige Differenz zu Yvonne Feri ist die Frage nach der Höhe der Quote, ob wir 30 oder 40% wollen. Wir fordern in einem ersten Schritt mind. 30%. Wesentlich ist jedoch, dass die Forderung auch umgesetzt wird.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme A-12

Begründung: Die Geschäftsleitung ist einverstanden damit, einen Zeitpunkt festzulegen, bis wann die Quote erfüllt sein muss. Dieser Druck ist nebst einer Quotenvorgabe wichtig und richtig. Damit ein Geschlecht auch wirklich wahrgenommen wird und nicht nur als Alibi fungiert ist eine Vertretung von mindestens einem Drittel notwendig. Es ist aber auch klar, dass es Branchen gibt, wo es nach wie vor Schwierigkeiten gibt, Personen mit der richtigen Ausbildung/Qualifikation zu finden, um die Quote zu erfüllen. Die GL möchte deshalb an den 30% festhalten unter gleichzeitiger Ergänzung des Zeithorizontes 2020.

Beschluss der Delegiertenversammlung:
Antrag der SP Frauen A-12 wird angenommen.

A-13: SP Frauen, Ergänzung: Auf allen Hierarchiestufen wird eine verbindliche Geschlechterquote von mindestens 40 Prozent festgelegt bis 2020.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme A-13 (Jahrzahl ja, Quote 30%)

Begründung: siehe A-12

Beschluss der Delegiertenversammlung:

Der Antrag wird angenommen

A-14: Beat Jans, neue Massnahme: Titel: **Unternehmensmitbestimmung ausbauen**

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme A-14

Beschluss der Delegiertenversammlung:

Der Antrag wird angenommen

A-15: SP Genf, Ergänzung: Wichtig ist auch, dass die Studentinnen und Studenten der schweizerischen Universitäten, Fachhochschulen und Berufsschulen in Sachen Lohngleichheit gewappnet sind. In diesem Sinne fordert die SP die Einführung entsprechender thematischer Kurse in allen betroffenen tertiären Ausbildungsgängen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme A-15

Beschluss der Delegiertenversammlung:

Der Antrag wird angenommen

Schlussabstimmung

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Die Geschäftsleitung empfiehlt der Delegiertenversammlung das Massnahmenpapier anzunehmen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Massnahmenpapier wird einstimmig angenommen.

9. Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 14. Juni 2015

I. Volksinitiative vom 15. Februar 2013 «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)»

Wortmeldungen:

Jacqueline Badran erläutert die Haltung der Geschäftsleitung. Die Sprechende zeigt auf, dass es sich um eine gerechte und um eine sinnvolle Steuer handeln. Eine Besteuerung der hohen Vermögen sei sinnvoller als eine Besteuerung der Einkommen.

Beat Jans fordert eine ehrlichere Medienberichterstattung über die Vorlage.

Martin Reichlin geht nochmals auf das absurde Argument der Mehrfachbesteuerung ein.

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Ja-Parole wird einstimmig mit 142 Ja-Stimmen beschlossen.

II. Volksinitiative vom 20. Januar 2012 «Stipendieninitiative»

Wortmeldungen:

Géraldine Savary erläutert die Haltung der GL. Niemand von den rechten Parteien will den Zugang zu Bildung für Menschen ohne hohe Einkommen erleichtern. In den vergangenen Jahren ist der Umfang der Stipendien gesunken und die Unterschiede zwischen den Kantonen werde immer grösser.

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Ja-Parole wird einstimmig mit 156 Ja-Stimmen beschlossen.

III. Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG-Referendum)

Wortmeldungen:

Edith Graf-Litscher erläutert die Haltung der GL. Der Gewerbeverband lüge, wenn er behauptet, die Gebühren würden sich in nächster Zukunft massiv erhöhen. Von der Gesetzesrevision profitieren würden aber private Anbieter.

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Ja-Parole wird mit 149:2 Stimmen bei 2 Enthaltungen beschlossen.

IV. Bundesbeschluss vom 12. Dezember 2014 über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich (PID)

Leyla Gül entschuldigt sich dafür, dass das Zentralsekretariat die Parolen bereits vor der heutigen Parolenfassung versehentlich auf die Website stellte. Dieser Beitrag wurde schnell wieder von der Website genommen.

Wortmeldungen:

Christine Seidler (SP Zürich): Lehnt die Änderung der Verfassungsbestimmung ab, weil sie befürchtet, dass sich das Menschenbild ändere und Eltern mit behinderten Kindern sich dafür rechtfertigen müssen. Es stehe der Gesellschaft nicht zu, darüber zu entscheiden, was lebenswert ist und was nicht. Die Sprechende beantragt deshalb die Nein-Parole.

Susanne Leutenegger Oberholzer (Fraktion): Beantragt Stimmfreigabe für die Vorlage. Der neue Verfassungsartikel sei zu offen gehalten. Das von A. Berset vorgelegte Gesetz hätte dies konkretisiert. Die Vorlage wurde aber im Parlament strakt abgeschwächt. Gemeinsam mit den Behindertenverbänden soll deshalb bereits die Änderung der Verfassungsbestimmung abgelehnt werden. Diese ethische Frage muss und soll jedes Mitglied der Partei selber für sich entscheiden. Deshalb beantragt sie Stimmfreigabe.

Markus Brandenberger (SP60+): Beantragt ebenfalls Stimmfreigabe. Diskutiert werde heute das Phänomen „Leben“. Dieses entziehe sich dem Verhältnis zwischen Mehr- und Minderheit innerhalb einer Partei. Die Wählerinnen und Wähler werden nicht nach Parteizugehörigkeit oder nach religiöser Orientierung, sondern nach sehr persönlichen Gesichtspunkten und Überlegungen entschieden. Man solle deshalb auf eine plakative Parole verzichten und sich stattdessen aktiv am gesellschaftlichen Dialog zu dieser wichtigen Frage beteiligen.

Rebekka Wyler (SP Zürich): Zwei Punkte stören sie an dieser Vorlage: Die Selektion von menschlichen Leben und die Absolutsetzung persönlicher Wünsche. Nicht alles was technisch machbar ist, soll auch erlaubt werden. So sollen beispielsweise keine massgeschneiderten Kindern nach den Wünschen der Eltern geschaffen werden. Sie unterstützt deshalb den Antrag auf Stimmfreigabe.

Martina Munz (Fraktion): Will ebenfalls keine Selektion und unterstütze die Aussagen der Vorredner vollumfänglich. Die heutige in vitro fertilisation sei für die betroffenen Frauen sehr belastend. Zudem komme es mit der heutigen Behandlungsmethoden zu vielen Zwilings- oder Drillingsschwangerschaften. Diese Situation könnte mit dem geänderten Verfassungsartikel behoben werden.

Géraldine Savary erläutert die Haltung der GL. Sie anerkennt, dass es sich um ein sehr heikles Thema handelt. Die heutige Behandlung sei für die Betroffenen emotional und für die Frauen auch gesundheitlich sehr belastend. Es gehe insbesondere um Paare, die nicht auf natürlichem Weg Kinder kriegen können. Die Verfassung verbiete die Selektion auch weiterhin. Die Sozialdemokratie will sich für den sozialen Fortschritt einsetzen aber auch für den wissenschaftlichen Fortschritt um damit das menschliche Leid zu verringern. Die Menschenwürde soll in jedem Moment des Lebens respektiert werden. Mit dem vorliegenden Verfassungsartikel können diese Grundwerte verbunden werden. Heute werde darüber diskutiert aber nicht über die Gesetzesvorlage.

Es liegen Anträge zur Ja-Parole, zur Nein-Parole und zur Stimmfreigabe vor. Es gibt zwei Gegenüberstellungen und die Finale-Abstimmung.

1. Abstimmung (Ja- oder Nein-Parole):

Ja-Parole obsiegt deutlich gegenüber der Nein-Parole

2. Abstimmung (Ja-Parole oder Stimmfreigabe)

Ja-Stimmen: 86; Stimmfreigabe: 89

3. Finale-Abstimmung

Parole Stimmfreigabe: 119 Ja-Stimmen

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole zum Bundesbeschluss (=Verfassungsänderung)

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Parole zur Stimmfreigabe wird mit 119 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen beschlossen.

10. Budget 2015

Leyla Gül erläutert einige Punkte des Budgets und erklärt, dass die Finanzkommission die Annahme des Budgets empfiehlt.

Carlo Lepri (SP60+): Äussert sich zu den finanziellen Ausstattungen der verschiedenen Parteiorganen. Es sei wichtig, die SP bei älteren Wählerinnen und Wähler bekannt zu machen. SP60+ hofft deshalb, in den kommenden Jahren stärker unterstützt zu werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme des Budgets 2015.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Budget wird einstimmig verabschiedet.

11. Resolutionen und Anträge

Redebeiträge zu „Flüchtlingsdrama im Mittelmeer“

Ada Marra: Lädt alle Anwesenden zu einer Trauerminute ein. Dublin funktioniere nur bei einer Schönwetterlage, heute sei es aber dringend, die Regel des ersten Landes (Ankunftsland) zu durchbrechen und alle Länder in Europa in die Pflicht zu nehmen. Die Anzahl der aufgenommenen Flüchtlinge müsse auch in der Schweiz erhöht werden. Die Gelder sollen zudem nicht nur für die Küstenwache sondern auch für die Seenotrettung ausgegeben werden. Auch die Länder, die heute die Hauptlast tragen (Jordanien etc.) müssen unterstützt werden. Die Kantone müssen vom Bund die finanziellen und infrastrukturellen Mittel erhalten, um die Flüchtlinge zu beherbergen. Weitere Lösungsvorschläge, auch in Bezug auf die Schlepper, müssen schnell erarbeitet werden. Flüchtlingspolitik sei nicht attraktiv für Politiker aber man darf sich diesem Thema nicht entziehen.

Eric Voruz: Als Mitglied des Europarates habe er dort vor einiger Zeit einen Bericht vorgelegt, der eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge fordert. In einer weiteren Erklärung habe er auch gefordert, dass die immense Korruption in den Herkunftsländern der Flüchtlinge bekämpft werde. Alle Mittel für diese Diktaturen müssen blockiert werden. Zudem müssen Ländern wie Jordanien stärker unterstützt werden. Der Sprechende ist froh, dass er hier Gelegenheit hat, um aufzuzeigen, welche wichtige Arbeit im Europarat geleistet wird.

Andi Tschümperlin: Die Mitglieder der GL unterstützen die vorangegangenen Erklärungen zu 100%. Wir haben eine Verantwortung und unsere humanitäre Tradition. Man werde alles Menschenmögliche tun, um Mehrheitsverhältnisse zu schaffen um die Situation für die Flüchtlinge zu verbessern. Deshalb begrüsse man die Kommunikation der BDP, eine Zahlendiskussion verbessere die Situation aber noch nicht. Es brauche aber zuerst die Unterbringungsmöglichkeiten in den Kantonen und den Gemeinden. Zudem sei es wichtig, dass das Arbeitsverbot für Flüchtlinge aufgehoben werde.

R-1 Resolution J. Badran, F. Molina, J.-C. Schwaab, C. Wermuth, C. Sommaruga, M. Carobbio „NEIN zu TiSA, NEIN zu TTIP, NEIN zu CETA NEIN zur Aushöhlung der öffentlichen Dienste – NEIN zur totalen Liberalisierung unseres Landes – NEIN zu Souveränitätsverlust“ (wurde am Parteitag in Martigny verschoben)

Wortmeldungen:

Jean Christophe Schwaab erläutert, warum die verschiedenen Abkommen unbedingt abgelehnt werden müssen. Man soll nicht warten, bis die Abkommen auf dem Tisch liegen, sondern sich rechtzeitig dagegen wehren. Zudem sei im Moment ungewiss, ob überhaupt ein Referendum dagegen möglich sei.

Martin Imboden (SP Aargau): Auch der faire Handel darf nicht vergessen gehen.

Romain Pilloud (JUSO): Es gäbe keinen Zweifel, dass mit diesen Abkommen die Multis die Welt regieren werden. Man soll deshalb aus diesen Verhandlungen ausscheiden, denn niemand ausser den Multinationalen gewinnen. Die JUSO beantragt die Annahme der Resolution.

Samira Marti (JUSO): Die Abkommen seien nie für Menschen, sondern ausschliesslich für die Grosskonzerne konzipiert worden. Mit diesen Abkommen würde die Türe zu einem demokratischen, sozialen und gerechten Europa endgültig zugeschlagen. Sie beantragt deshalb Annahme der Resolution.

Ursula Graf (SP St. Gallen): Die Abkommen bedeuten einen Abbau von Service Public und damit auch einen Abbau der Demokratie. Deshalb soll die Resolution unterstützt werden.

Andrea Blättler (SP Bern): Die roten Linien der GL seien ungenügend. Es brauche einen Zusammenschluss aller linken Kräfte um diese Abkommen zu bekämpfen. Zu diesen Abkommen gäbe es deshalb nur eine Antwort: Eine Annahme der Resolution.

Jacqueline Fehr vertritt die Haltung der GL. Diese teile die Sorgen der Vorrednerinnen und Vorredner. Die Skepsis habe sich innerhalb der Fraktion seit letztem Herbst weiter verstärkt. Auch auf europäischer Ebene verstärke sich diese Skepsis gegenüber diesen Abkommen. Internationale Abkommen werden aber immer wichtiger. Deshalb sei die GL dagegen, die Abkommen zu beerdigen, bevor überhaupt deren genauer Inhalt bekannt sei.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Entgegennahme zur Prüfung und Bekräftigung der roten Linien.

Begründung:

Die Geschäftsleitung ist sich der Risiken, die mit den auszuhandelnden Freihandelsabkommen einhergehen bewusst und teilt in weiten Teilen die Skepsis, welche der Resolution zugrunde liegt. Natürlich ist die Schweiz in einer besonderen Position, weil wir grundsätzlich bei TTIP und CETA nicht mit am Verhandlungstisch sitzen. Wir werden jedoch unsere engen Kontakte mit den europäischen sozialdemokratischen Schwesterparteien nutzen, um unsere roten Linien zu verstärken, welche im Übrigen auch geteilt werden.

Die Verhandlungen bei allen solchen Abkommen sind notgedrungen sehr intransparent und noch lange nicht abgeschlossen. Noch ist nicht ausgeschlossen, dass es dank dem europaweit

organisierten sozialdemokratischen Druck gelingt, mit den beiden Freihandelsabkommen USA-EU (TTIP) und EU-Kanada (CETA), fortschrittliche politische, soziale und ökologische Standards zu setzen, und damit gerechtere Standards für den Welthandel insgesamt zu vereinbaren. Wenn mit den USA und Europa die beiden größten Handelsräume weltweit Maßstäbe setzen, kann dies zu einem wirkungsvollen Hebel für eine bessere politische Gestaltung der Globalisierung werden.

Was das Dienstleistungsabkommen TISA anbelangt, so hat der Bundesrat bisher ausgeschlossen, dass davon der Service public Bereich irgendwie betroffen sein könnte. Vielmehr gehe es um Rechtssicherheit in andere Dienstleistungssektoren. Diese sind für den Werkplatz Schweiz von grosser Bedeutung. Würde sich der Bundesrat nicht an seine Versprechen halten, wäre ein Referendum gewiss und die Niederlage des Bundesrates auch.

Die Geschäftsleitung wird anhand der folgenden roten Linien die Ergebnisse der Verhandlungen beurteilen und ihre Empfehlung wiederum einem Beschluss der Delegierten vorlegen:

- Die Freihandelsabkommen dürfen Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz, Sozial- und Umweltstandards nicht gefährden. Mit den Abkommen müssen europäische Standards etwa im Arbeits- und Umweltrecht, beim Daten-, Verbraucher-, Tier- oder Gesundheitsschutz oder in Fragen der Kultur weiter ausgebaut und als globale Standards vorangetrieben werden.
- Ein allfälliges Dienstleistungsabkommen (TISA) muss nachweislich Arbeitsplätze schaffen und sichern und darf unter keinen Umständen den Service public oder Finanzmarktregulierungen schwächen.
- Die hohe Qualität des Service Public und die aktuellen Besitzverhältnisse dürfen nicht tangiert werden.
- Bestimmungen zum Investorenschutz zwischen Staaten mit entwickelten Rechtssystemen sind nicht erforderlich und dürfen daher nicht eingeführt werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution wird deutlich angenommen, der Antrag der GL auf Entgegennahme zur Prüfung und Bekräftigung der roten Linien entsprechend abgelehnt.

R-2: Resolution SP NE

Unternehmenssteuerreform III (USR III):

Ja zu einer attraktiven Schweiz, Nein zu ihrer Verarmung!“

(wurde am Parteitag in Martigny verschoben)

Wortmeldungen:

Baptiste Hurni (SP NE): Erläutert, warum die Parole unterstützt werden soll.

Olivier Gurtner (SP Genf): Die Steuersenkungen seien eine Gefahr, deshalb müsse man sehr aufmerksam sein.

Laurent Kurth (SP NE): Die Anpassung an europäische Standards sei wünschenswert. Deshalb sei die Reform grundsätzlich richtig. Es bleibe aber die Frage, wie die Reform finanziert werde und wie sie nicht zu zusätzlicher Konkurrenz unter den Kantonen führe.

Christian Levrat: Die SP war immer der Meinung, dass die Abschaffung der Sonderkonstrukte notwendig sei. Die Abschaffung soll aber im Rahmen der Unternehmensbesteuerung kompensiert werden. Zudem müssen Massnahmen gegen einen Steuerwettbewerb nach unten getroffen werden. Der Betrug an der Bevölkerung in der USR II darf sich nicht wiederholen. C. Levrat spricht eine letzte Warnung an die Bürgerlichen aus: Wenn sie keine Lösung mit der SP suchen, werden man sich vor dem Volk wieder sehen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution R2 wird ohne Gegenstimmen angenommen.

**R-3: Resolution SP Orbe und Umgebung
„Für einen verlässlichen Kaufkraftindex der Lohnabhängigen!“
(wurde am Parteitag in Martigny verschoben)**

Wortmeldungen:

Arnaud Bouverat: Ein verlässlicher Kaufkraftindex sei notwendig, damit die Bevölkerung die Folgen der Politik sieht.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution R3 wird einstimmig angenommen.

R-4 Resolution E. Graf-Litscher, L. Keller, A. von Gunten „Die SP engagiert sich für eine Internetpolitik, die den Menschen dient“

Wortmeldungen:

Edith Graf-Litscher: Eine Internetpolitik, die allen etwas bringt mit 20 Massnahmen, die zum Erfolg führen. Chancen und Risiken werden beachtet. Wir gestalten die neue Zeit mit. Merci Leo und Andreas.

Fabian Molina: Ich zitiere Sigmar Gabriel. Politische Fragen im Zusammenhang mit der Internetpolitik nicht geklärt: Grundfreiheiten verteidigen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Entgegennahme zur Prüfung und gleichzeitiger Auftrag ein Positionspapier zuhanden der Delegiertenversammlung auszuarbeiten.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Resolution R-4 wird ohne Gegenstimmen gemäss Antrag der GL angenommen.

12. Schluss

12. September 2015 nationale Wahlveranstaltung.

18. Oktober 2015 Nationale Wahlen.

29. November 2015 Eidg. Abstimmungen.

5. Dezember 2015 Delegiertenversammlung, St. Gallen.

Flavia Wasserfallen dankt allen für die Anwesenheit und der SP Bern für den Apéro. Des Weiteren bedankt sie sich bei den DolmetscherInnen, bei Stefan Merki und seinem Team von X-Light für die Technik und dem Personal des Zentralsekretariates der SP in Bern. Colette Siegenthaler wird speziell verdankt für ihre erste Organisation einer Delegiertenversammlung.